

Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) Nordwalde

c/o Rudolf Fischer (Vorsitzender), Gustav-Adolf-Str. 2a, 48356 Nordwalde
Tel. 02573 626 und 0151 5133 6794 <fischru@uni-muenster.de>

1. Stellungnahme:

Nordwalde soll mehr in sozialen Wohnungsbau investieren.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Wegen explodierender Baukosten steigen auch die Mieten, aber bauen, um zu vermieten, lohnt zurzeit nicht. Hier kann nur die Gemeinde einspringen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Defizit auf die Steuerzahler umzulegen.

2. Stellungnahme:

Ungenutzte Brachflächen sollen von Firmen genutzt werden können.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

... falls es Industriebrachfläche ist. Sonst muss im Einzelfall die Umwandlung in eine Ausgleichsfläche untersucht werden.

3. Stellungnahme:

Nordwalde braucht harte ökologische Kriterien bei der Vergabe von Gewerbeflächen.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

... wenn mit "hart" gemeint ist: "objektiv nachvollziehbar", "sachgerecht". Sonst beißt sich diese Forderung mit 2 und 13.

4. Stellungnahme:

Nordwalde soll Grund von privaten Eigentümern kaufen, um dort attraktive Gewerbeflächen entstehen zu lassen.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Wird doch ohnehin so gemacht.

5. Stellungnahme:

Nordwalde braucht mehr Mini-Kreisverkehre.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

Ja, und zwar nach Vorschlägen der UWG nicht nur in den Kreuzungsbereichen Bahnhofstraße/Felix-Fraling-Straße sowie Bahnhofstraße/Feldstraße/Finkenbreil, sondern auch ein Kreisverkehr in ovaler Form im Bereich Bahnhofstraße/Wallgraben unter Einschluss der Allee zum Hof Wältermann. Evtl. auch noch an der Kreuzung Emsdettener Straße/Dömerstiege/Denkerstiege.

6. Stellungnahme:

Es soll mehr Fahrbahnverengungen geben.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

Nach Vorschlägen der UWG vor allem im Bereich der Bahnhofstraße zwischen Feldstraße und Bahnhof. Wir würden aber eine 30-km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung vorziehen.

7. Stellungnahme:

Es muss mehr in Wirtschaftswege investiert werden.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

Problematisch wegen Finanzlage. Es wird versucht, je nach dem Anteil öffentlicher Nutzung Anlieger zu beteiligen. Das ist schwer durchzusetzen.

8. Stellungnahme:

Es reicht, mehr Querungshilfen zu bauen, um das Dorf für Fußgänger sicherer zu machen.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

Sachlich falsch. Querungshilfen statt Zebrastreifen wiegen Fußgänger in trügerische Sicherheit, weil sie meinen, Vorrecht zu haben. Auch Autofahrer sind unsicher, halten an und winken Fußgänger ungeduldig durch. Zebrastreifen sind nicht ersetzbar. Um so mehr kritisiert die UWG, dass der geplante Kreisverkehr im Bereich Bahnhofstraße/Feldstraße/Finkenbreil keinen Zebrastreifen über den Finkenbreil erhalten soll.

9. Stellungnahme:

Nordwalde soll sich für eine Elektrifizierung der Bahnstrecke Nordwalde-Münster stark machen.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

... ist aber als Ziel längst überholt. Die Strecke Münster-Enschede (und weiter bis Zutphen) soll gleich von Zügen mit Wasserstoffbrennzellen-Antrieb befahren werden. Das dauert etwas länger, spart aber die Unsummen der Elektrifizierung und ist im Endeffekt auch noch viel umweltfreundlicher.

10. Stellungnahme:

Es muss bessere und breitere Radwege in Nordwalde geben, auch wenn das zu Lasten der Autofahrer geht.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

Differenzierung nach Innen- und Außenbereich beachten. Im Ortskern sind breite Radwege zum Teil aus Platzmangel nicht machbar. Die Durchfahrtmöglichkeit für Busse, große Traktoren und Anliefer-LKWs muss bleiben.

11. Stellungnahme:

Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude muss oberste Priorität haben.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

Dafür hat die Gemeinde eigens eine Beauftragte angestellt, was von der UWG begrüßt wird.

12. Stellungnahme:

Nordwalde soll auf der Fläche der ehemaligen Kleingartenanlage (Grevener Str.) Wohnmobilstellplätze errichten.

- Zustimmung
 Neutral
 Ablehnung

Begründung

Dauerplätze nicht möglich, da sonst aufwendige Anschlüsse (Strom, usw.) installiert werden müssten. Ein öffentlicher Campingplatz wird nicht genehmigt werden, schon wegen der vorgesehenen Funktion des Auenparks als Überflutungsgebiet bei Starkregen.

13. Stellungnahme:

Naturschutz darf hinter Erweiterung von Gewerbegebieten zurückfallen.

- Zustimmung
 Neutral
 Ablehnung

Begründung

Allgemein? Nein! Das muss in jedem Einzelfall sorgfältig abgewogen werden. Siehe 2 und 4.

14. Stellungnahme:

Nordwalde soll die Digitalisierung an den Schulen auch mit eigenen Mitteln vorantreiben.

- Zustimmung
 Neutral
 Ablehnung

Begründung

Finanziell nicht machbar. Die Mittel müssen vom Land und vom Bund kommen. Nordwalde beteiligt sich bereits finanziell an einer überörtlichen IT-Betreuung. Bei konkreten Vorhaben mit nachvollziehbaren Zielen können Mittel aus der Schulpauschale verwendet werden.

15. Stellungnahme:

Nordwalde soll (z. B. durch Stundung der Steuerlast) Unternehmen aus der finanziellen Krise durch die Corona-Pandemie helfen.

- Zustimmung
 Neutral
 Ablehnung

Begründung

Im Einzelfall wurde auch schon bisher gestundet. Da die Gemeinde selbst finanziell erheblich von den Gewerbesteuererträgen abhängt, ansonsten nicht machbar. Unternehmenshilfen müssen von Land und Bund kommen. Die Gemeinden müssen ihrerseits das Problem lösen, Leistungen trotz wegbrechender Einnahmen aufrechtzuerhalten. Siehe 18.

16. Stellungnahme:

Nordwalde soll in allen Bereichen ca. 10% einsparen, um die Ausfälle durch die Corona-Pandemie auszugleichen.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Einsparungsforderungen müssen konkretisiert werden, indem anhand des laufenden Haushalts genau gesagt wird, bei welchen Produkten gespart werden soll. Da die Gemeinde in der Haushaltssicherung ist und ihr daher freiwillige Leistungen untersagt sind, läuft es auf Leistungseinstellung hinaus (z.B. Schließung der Schwimmhalle), was evtl. den gesetzlichen Aufgaben entgegensteht.

17. Stellungnahme:

Die Interessen junger Menschen müssen grundsätzlich von der Politik beachtet werden.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Dem Interesse junger Menschen wird zurzeit von der Gemeinde und der CDU/FDP-Landesregierung zuwider gehandelt, indem die Rückzahlung der jetzigen Kredite und Subventionen auf die kommenden Generationen verlagert werden. So soll das Bürgerzentrum entgegen dem Willen der UWG auf 80 Jahre abgeschrieben werden, die Corona-Schulden auf Anraten der Landesregierung gar erst 2025-2075.

18. Stellungnahme:

Die Gewerbesteuer soll angehoben werden.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Zu den Folgen der Corona-Krise muss jeder seinen Beitrag leisten. Die Gewerbesteuer trifft dabei nur solche Unternehmen, die trotz der Krise genügende Gewinne machen. Andererseits ist die Gemeinde auf Einnahmen angewiesen, allein schon, um die ihr gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen. Siehe den laufenden Haushalt. Vgl. 19.

19. Stellungnahme:

Die Grundsteuer soll konstant bleiben.

- Zustimmung

- Neutral
 Ablehnung

Begründung

Die Grundsteuer sollte nicht konstant bleiben, sondern neu geregelt werden, um die sozialen Unterschiede, allein schon zwischen Eigenheimbesitzern und Mietern zu berücksichtigen.

20. Stellungnahme:

Nordwalde soll ein Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge über 7,5 t erlassen.

- Zustimmung
 Neutral
 Ablehnung

Begründung

... allerdings allenfalls beim Kreis beantragen. Die UWG hat das für den Bereich Welle bis Bahnhofstraße/Felix-Fraling-Straße vorgeschlagen. Ein Antrag der SPD wurde von der CDU-Mehrheit niedergestimmt. Für die Grevener Straße und die Emsdettener Straße ist mangels Alternative eine solche Forderung nicht erfüllbar. Für den Bereich Bahnhofstraße zwischen Felix-Fraling-Straße und Bahnhof hat die UWG schon in ihrem Wahlprogramm 2014 weitere Einschränkungen gefordert. Gemacht wurde nichts.

21. Stellungnahme:

Es muss eine weitere Verdichtung in der Wohnbebauung geben.

- Zustimmung
 Neutral
 Ablehnung

Begründung

So wertvoll Grünbereiche auch im Ortszentrum sind, ist die Verdichtung gegenüber dem Auswuchern neuer Baugebiete in die Landschaft das kleinere Übel. Besonders Gärten, die an bestehenden Straßen liegen, sollten bebaut werden dürfen. Die UWG fordert eine statistische Erhebung unter Bauwilligen, um den persönlichen Bedarf von reiner Investition abgrenzen zu können.

22. Stellungnahme:

Nordwalde soll jedes Jahr 1.000 neue Bäume pflanzen.

- Zustimmung
 Neutral
 Ablehnung

Begründung

Als Ziel unterstützenswert. Klimaverbessernde Baumpflanzaktionen und spätere Pflege könnten in Gemeinschaftsarbeit der Bürger den sozialen Zusammenhalt stärken.

23. Stellungnahme:

Nordwalde muss mehr Geld in Spielplätze investieren

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Laut dem Bericht der Gemeindedepfungsanstalt liegt Nordwalde bei der Ausstattung von Spielplätzen bereits über dem Durchschnitt anderer Orte. Im laufenden Haushalt stehen 30.000 € bereit. Mehr kann sich eine Gemeinde mit der dritthöchsten Pro-Kopf-Verschuldung im Kreis einfach nicht leisten.

24. Stellungnahme:

Nordwalde muss aufhören, durch den Verzicht auf Sanierungen zu sparen.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Hier ist viele Jahre gesündigt worden. Das alte Rathaus ist ein beredtes Beispiel. Vergessen wird, dass auch eingeworbene Gelder zu Investitionen führen, die im Laufe der Zeit Sanierungsbedarf haben. So kritisiert die UWG, dass für die 3,171 Mill. € öff. Zuschüsse zum Bürgerzentrum keine Rückstellungen (Abschreibungen) für spätere Sanierungen vorgesehen sind.

25. Stellungnahme:

Nordwalde soll sich für einen Jugendring stark machen.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Wenn die junge Generation meint, dass ein neutrales Jugendparlament nicht ausreicht, um ihre Belange zu vertreten, kann man ja einen Jugendring gründen.

26. Stellungnahme:

Junge Menschen müssen bei politischen Entscheidungen besser eingebunden werden.

- Zustimmung
- Neutral
- Ablehnung

Begründung

Natürlich! Es geht bei den meisten politischen Entscheidungen ja auch um die Zukunft. Jugendliche

sind bei der Arbeit sicher aller Fraktionen herzlich willkommen. Die UWG-Fraktionssitzungen sind öffentlich, man ist bei der UWG an keine Parteilinie gebunden, kann von Anfang an mitreden und Verantwortung übernehmen. Nach Einarbeitung auch in Ausschüssen und im Rat.

27. Stellungnahme:

Nordwalde soll sich für die Aufnahme von Geflüchteten stark machen.

Zustimmung

Neutral

Ablehnung

Begründung

... allerdings nur mit einem proportionalen Anteil gemäß den anderen Gemeinden. UWG-Aktive arbeiten seit Jahren in der Flüchtlingshilfe mit und kennen sich aus. Der Arbeitsaufwand ist riesig, die finanzielle Belastung der Gemeinde ebenfalls. Hier gibt es beliebig viele persönliche und finanzielle Möglichkeiten des Einzelnen zu helfen.